



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang Oktober sind die Anhänger der ägyptischen Muslimbruderschaft wieder auf der Straße. In gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften protestieren sie gegen die Absetzung des gewählten Präsidenten Mohammed Mursi im Juni, der von der Armee an einem geheimen Ort festgehalten wird. Unterdessen ist die Mehrzahl der führenden Kräfte der Muslimbruderschaft in Haft. Damit wurde der wichtigste Akteur des politischen Islam in Nordafrika, wie schon zu Zeiten des ehemaligen Machthaber Hosni Mubarak, in die Illegalität gedrängt. In anderen Ländern der Region sind die islamistischen Kräfte dagegen noch immer an der Macht. Marokko zum Beispiel wird von einer islamistischen Partei regiert, wenn auch unter der Prägung des Königs, wie Helmut Reifeld in dieser Ausgabe ausführt.

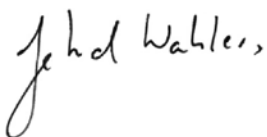
Von einigen hoffnungsvoll stimmenden Ausnahmen abgesehen: In Ägypten wie in anderen Staaten der Region haben sich die Erwartungen, die mit dem „Arabischen Frühling“ verbunden waren, bislang nicht erfüllt. In demokratischen Wahlen kamen islamistische Parteien an die Macht, deren politische Überzeugungen nicht unbedingt mit den Ideen übereinstimmten, die von den protestierenden, zumeist jungen Menschen vertreten wurden: Freiheit und Recht, Beteiligung und Pluralismus. Stattdessen bemühten sie sich um die Sicherung ihrer Macht – verbunden mit dem Ziel, keinem anderen demokratisch gewählten politischen Akteur mehr weichen zu müssen, und mit der Überzeugung, dass sie allein den von Gott gewollten Staat schaffen könnten.

Die Etablierung von demokratisch gewählten Parteien des politischen Islam in vormals säkular-autoritär regierten Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas hat vielfach die Frage aufgeworfen, ob es sich hier um natürliche Partner derjenigen deutschen Parteien handeln könnte, die das

„C“ im Namen führen. Hier gibt es jedoch eine wesentliche Unterscheidung, und diese besteht nicht im Unterschied zwischen Christentum und Islam, sondern im Unterschied zwischen religiösen Parteien und Parteien mit religiöser Wertorientierung. Christdemokraten berufen sich heute in ihrem politischen Denken und Handeln auf das christliche Menschenbild und damit auf die Würde jedes einzelnen Menschen, die freiheitliche Willensbildung und die Gleichheit aller Menschen. Sie verstehen die Heilige Schrift jedoch nicht als politische Handlungsanweisung, die es eins zu eins umzusetzen gilt.

Im Dialog mit Vertretern des politischen Islam erleben wir, dass es nicht an Bekundungen fehlt, sich für Pluralismus, Toleranz und Demokratie einzusetzen. Doch aus den Erfahrungen sollten wir die Lehre ziehen, islamistische politische Akteure an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu messen. Wer für die genannten Prinzipien eintritt, muss auch die Frage, ob er sich für die Freiheit der Religionsausübung einsetzt, eindeutig mit Ja beantworten. Wer christlichen Glauben praktiziert und auch wer zum Christentum übertritt muss in islamischen Ländern umfassend geschützt werden. Vielfach ist leider das Gegenteil der Fall, und daran haben die Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ wenig geändert.

Im In- und Ausland führt die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Vielzahl von Projekten durch, um bürgergesellschaftliches Engagement von Muslimen zu fördern. Gleichzeitig arbeiten wir in Deutschland und weltweit mit einer Reihe von Experten zusammen, die sich mit dem Thema „Islam und Demokratie“ beschäftigen. Wir suchen den Dialog, auch mit Akteuren des politischen Islam. Die Nagelprobe bleibt hier jedoch die Einstellung unserer Gesprächspartner zu Demokratie und Rechtsstaat und nicht zuletzt zum Schutz der religiösen Minderheiten.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de